

Ulrike Hanssen-Decker: *Von Madrid nach Göteborg. Schweden und der EU-Beitritt Estlands, Lettlands und Litauens, 1995–2001*. Frankfurt/Main u. a. 2008 (= Kieler Werkstücke, Reihe B: Beiträge zur nordischen und baltischen Geschichte; 5), 278 S.

Ulrike Hanssen-Decker legt eine ungewöhnliche Dissertation vor. Die Arbeit ist eine zeitgeschichtliche Studie, behandelt jedoch einen Zeitraum, dessen Beginn bei Erscheinen nicht einmal fünfzehn Jahre zurückliegt. Thema der Studie ist die Darstellung und Analyse der Haltung Schwedens im Prozess der Osterweiterung der EU. Dabei verfolgt sie zwei übergeordnete Zielsetzungen: Zum einen will sie zu einem vertieften Verständnis der Zeitgeschichte des Ostseeraums und der EU-Politik Schwedens beitragen, zum anderen möchte sie die „Forschungsherausforderung“ EU annehmen und einen Beitrag dazu leisten, Geschichte und Politikwissenschaft näher zusammenzuführen (S. 4).

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1995, als Schweden selbst der EU beitrug und diese die Europa-Abkommen mit den baltischen Ländern abschloss, bis zum Jahr 2001, als im Rahmen der ersten schwedischen EU-Ratspräsidentschaft der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zum Mai 2004 beschlossen wurde. Im Einzelnen soll untersucht werden,

welche Positionen die schwedische Regierung zum EU-Beitritt der baltischen Staaten vertrat, welche innen- und außenpolitischen Kontexte und Motive Schwedens Haltung erklären sowie ob es zu einer Zusammenarbeit mit den beiden anderen nordischen EU-Mitgliedern Dänemark und Finnland kam (S. 2).

Das Material, auf das sich die Autorin bei der Beantwortung der Fragen stützt, sind im Wesentlichen öffentlich zugängliche Quellen von Regierung und Reichstag. Die Erschließung von Reden und Pressemitteilungen erfolgte durch die bis 2000 von der schwedischen Regierung herausgegebene Dokumentation *Utrikesfrågor*, in der jährlich Dokumente von grundsätzlicher Bedeutung für die schwedische Außen- und Sicherheitspolitik veröffentlicht wurden. Hanssen-Decker stellt den offiziellen Charakter dieser Reihe heraus und unterstreicht zudem die Repräsentativität des Materials (S. 5). Darüber hinaus greift die Autorin auf Memoiren von Akteuren sowie Artikel aus der Tagesspresse zurück. Gespräche mit Wissenschaftlern

und politischen Akteuren sowie Korrespondenz mit dem schwedischen Außenministerium und der schwedischen Vertretung bei der EU runden das Material ab.

Probleme ergaben sich bei den Recherchen im Archiv des schwedischen Außenministeriums, das nach dem Prinzip der Informationsfreiheit grundsätzlich auch Zugang zu jüngeren Dokumenten gewährt. Da hier jedoch häufig Stellen geschwärzt wurden, verzichtete die Verfasserin leider darauf, das Material zu berücksichtigen, „... [d]a diese Quellenebene nicht eindeutig erschließbar war“ (S. 6). Bei aller Vorsicht, die bei der Arbeit mit zensierten Quellen sicherlich geboten ist, gibt sie damit einen Trumpf aus der Hand, über den man bei der zeitgeschichtlichen Forschung in anderen Ländern nicht verfügt – die übliche dreißigjährige Sperrfrist zwingt dort grundsätzlich zu indirektem Vorgehen, was oft genug wichtige Schlussfolgerungen unter weitaus gewichtigeren Vorbehalten stellt. Nimmt man hinzu, dass die Erschließung von Reden und Pressemitteilungen über die offizielle Dokumentation erfolgte, muss man konstatieren, dass eine gewisse Einschränkung bei der Erfassung bzw. Differenzierung von Positionen von vornherein unvermeidbar bleibt, die angesichts des gesetzten Ziels, Erklärungen zu liefern, durchaus zu bedauern ist.

Nach nur sechseinhalb Seiten Einleitung, in der in aller Kürze Motivationen und Fragestellungen, Forschungslage sowie Aufbau, Quellen und Begriffe abgehandelt werden, begibt sich die Autorin in die Darstellung historischer Verläufe. Die Arbeit ist im Weiteren in drei Kapitel gegliedert, bevor sie von einer Schlussbetrachtung abgeschlossen wird. Kapitel 2 (S. 9–59) ist den Beziehungen Schwedens zu den baltischen Staaten zwischen 1940 und 1994 gewidmet, die „im Zusammenhang mit der übergreifenden außenpolitischen Orientierung Schwedens“ gesehen werden sollen (S. 5). Die eigentliche Untersuchung findet in den Kapiteln 3 und 4 (S. 61–128 bzw. 129–217) statt, die den Untersuchungszeitraum in eine Startphase von 1995 bis 1997 und eine Umsetzungsphase von 1997 bis 2001 einteilen.

Auch das lange Hintergrundkapitel über die schwedisch-baltischen Beziehungen folgt einer chronologischen Einteilung, die vier Phasen der Gleichgültigkeit (1940–1987), der Unbeholfenheit (1987–1990), der Öffnung (1990–1991) und des Engagements (1991–1994) unterscheidet. Am Rande werden hier auch die Politiken Dänemarks und Finnlands erwähnt. Hansen-Decker kompiliert in diesem Abschnitt eigenständig Material aus vorliegenden Studien, gemischt mit Quellen. Leider liefert sie keine systematischen Referate von Forschungsergebnissen, stützt sich teils auf sehr alte Literatur, die bis in die sech-

ziger Jahre zurückreicht, und verliert sich wiederholt in Details, deren Bedeutung für die Fragestellung der Arbeit nachrangig ist.

Deutlich spürbar ist durchgehend, welchen politischen Standpunkt Hanssen-Decker einnimmt. Explizit betont sie am Ende des Abschnitts zur Phase der Unbeholfenheit, dass die schwedische Politik im Wesentlichen von der Sozialdemokratischen Partei geprägt wurde (S. 27). Auch im nachfolgenden Abschnitt wird die Regierung als zeitweilig „recht naiv“ bezeichnet (S. 31). Überhaupt fallen in diesem Kapitel wissenschaftlich gesehen unsachliche Formulierungen auf wie die „Unterdrückung vor Ort“ in den baltischen Ländern oder die pauschale Rede von „kolonialen Methoden der Moskauer Zentralregierung“ (S. 28). Im Zusammenhang mit der Auslieferung baltischer Militärangehöriger nach Ende des Krieges 1945 (der sog. *baltutlämningen*, S. 19) erwähnt die Autorin hingegen mit keinem Wort, dass ein großer Teil davon Angehörige der Waffen-SS waren und damit als Kriegsverbrecher verfolgt wurden – ganz unabhängig davon, wie dies aus heutiger Sicht nachträglich zu bewerten sein mag. Die Einschätzung, dass sich die Regierung erst zwischen Januar und August 1991 (!) von der „traditionellen Brückenbau-Politik“ gelöst habe (S. 45), zeigt darüber hinaus deutlich, dass die Autorin die vorliegende politikwissen-

schaftliche Forschung zur schwedischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht eingehender zur Kenntnis genommen hat.

Im Ergebnis der Untersuchung zeigt Hanssen-Decker, dass die Politik Schwedens bei der EU-Erweiterung um die drei baltischen Staaten sowohl in der Start- als auch in der Umsetzungsphase nach 1997 einer klaren und konstanten Linie folgte. Anders als die Mehrzahl der EU-Staaten trat die schwedische Regierung von Anfang an dafür ein, Verhandlungen mit allen Beitrittskandidaten aufzunehmen. Während Finnland die Position der Mehrheit teilte, Verhandlungen mit einer Gruppe von Staaten zu beginnen, zu denen von den baltischen Ländern nur Estland gehörte, bevorzugte auch die dänische Regierung wie die schwedische das so genannte Startlinienmodell. Ebenso weist die Autorin auf die Widersprüchlichkeit in der schwedischen Erweiterungspolitik hin, dass zwar der Beitritt neuer Staaten nachdrücklich befürwortet wurde, die dafür notwendige institutionelle Entwicklung der EU jedoch sowohl beim Auftreten auf der Amsterdamer Regierungskonferenz 1996/97 als auch bei der Handhabung der schwedischen Ratspräsidentschaft 2001 wenig Beachtung fand. Erklärt wird dies durch die Schwierigkeiten, die das innenpolitische Feld der Regierung in EU-Angelegenheiten bereitet.

Die Erklärungen für das Handeln der schwedischen Regierung sieht Hanssen-

Decker erstens in einer sicherheitspolitischen Agenda bei der Ost-Erweiterung, zweitens in der Möglichkeit zur Bewältigung des belasteten Erbes schwedischer Politik gegenüber den baltischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, drittens in wirtschaftlichen Motiven –schwedischen Interessen in der Ostseeregion –, viertens in innenpolitischen Motiven angesichts positiver Meinungen gegenüber der Erweiterung insbesondere um die baltischen Staaten sowie fünftens in der aktiven Ostseepolitik Schwedens unter Ministerpräsident Göran Persson ab 1996.

Störend ist allerdings, dass auch die zusammenfassende Schlussbemerkung Nachlässigkeiten und teilweise fehlerhafte Angaben enthält, etwa dass die schwedische Beitrittsentscheidung unter heftigen Debatten im Laufe des Jahres 1992 gereift sei (S. 223) und nicht schon 1990/91 unter der sozialdemokratischen Regierung Carlsson, und zwar völlig überraschend und ohne umfängliche Diskussionen. Das Kapitel endet zudem mit Pauschalisierungen, die in dieser Form sachlich schlichtweg nicht aufrecht zu erhalten sind – etwa wenn Hansen-Decker behauptet, dass es eine „durchgehend ablehnende Haltung in der Bevölkerung der EU gegenüber“ (S. 219 f.) gegeben habe.

Alles in allem beleuchtet die detaillierte Arbeit eingehend die schwedische EU-Erweiterungspolitik und stellt sie ausführ-

lich in den weiteren Kontext schwedischer EU-Politik. Insofern handelt es sich hier um ein Stück Grundlagenarbeit auch für die politikwissenschaftliche Forschung. Zu bedauern ist indes, dass die Ergebnisse bisheriger politikwissenschaftlicher Forschung nur punktuell im Verlauf der Untersuchung herangezogen werden. Auf diese Weise lassen sich Geschichte und Politikwissenschaften nicht wirklich zusammenführen. Hinter den diesbezüglich geweckten Erwartungen bleibt die Arbeit insofern zurück.

*Krister Hanne (Berlin)*